SPD-Arbeiter lassen sich schon nicht mehr mit billigen Redensarten abspeisen und beschwichtigen. Das wird auch in der vom SPD-Bezirksparteitag berichtenden Dresdner Volkszeitung zugegeben, wo über die Stimmung auf diesem Parteitag u. a. folgendes gesagt wird:

„Die Worte der Redner wurden nicht — wie in ruhigen Zeiten — schweigend hingenommen, der Drang, eigene Empörung, eigenen Willen zu bekunden, riß vielmehr die Hörer immer aufs neue zu stürmischen Aeußerungen hin."

Die Volkszeitung verrät zwar nicht, welcher Art diese Ausführungen waren, aber das ist ja auch nicht schwer zu erraten. Um so weniger, als Weckel in einem Begrüßungsartikel zum Bezirksparteitag in der Sonnabend-Volkszeitung in folgendes Zeter- und Mordiogeschrei ausbrach:

„Die politische Verwirrung hat nicht nur indifferente, sondern sogar organisierte Arbeiter erfaßt, die trotz der Schwere der Zeit immer noch verkünden, daß die Sozialdemokratie an allem schuld und daher als der Hauptfeind zu bekämpfen sei.

Der Bezirksparteitag hat die schwere, aber geschichtlich bedeutende Aufgabe, der Politik der wirtschaftlichen und politischen Verwirrung eine Politik der Entwirrung entgegenzusetzen."

Das ist ohne Zweifel ein ziemlich deutliches Geständnis, eine offene Bestätigung der von uns wiederholt festgestellten Tatsache, daß die Sozialdemokratie von ihren eigenen Arbeitermitgliedern mit der Anklage bedrängt wird, daran schuld zu sein, daß die arbeitenden Massen heute unter der faschistischen Diktatur leiden. Diese auch unter den SPD-Arbeitern wachsende Erkenntnis nennt Weckel „politische Verwirrung", der er dem sozialdemokratischen Bezirksparteitag empfiehlt, eine „Politik der Entwirrung" entgegenzusetzen. Dieser Aufgabe hat sich alsdann Edel zu entledigen versucht und wie er es tat, das muß allen Arbeitern gezeigt und direkt zitiert werden, damit sie erkennen, mit welcher Kaltschnäuzigkeit sozialdemokratische Führer blutigsten Arbeiterverrat eingestehen, um jetzt selbst mit diesem Eingeständnis des kaltblütigen Klassenverrats den Eindruck zu erwecken, als wollten sie nun aber bessere Sachwalter von Arbeiterinteressen werden als dereinst. . . .

In Wirklichkeit wollen sie das gerade in Erkenntnis ihres Verrats in die Brüche gegangene Vertrauen der SPD-Arbeiter wieder reparieren, um neuen Verrat an ihnen zu begehen.

Darum versuchte auch Edel redlichst, die ganze Kette sozialdemokratischen Verrats an den Arbeitern nicht als solchen erkennbar werden zu lassen, sondern er stellte sich hin und schob alle Ungeheuerlichkeiten, die der Arbeiterklasse infolge des Klassenverrats der SPD widerfuhren, auf das Konto von deren „Kampfmethoden".

Aber gemach! Die Kriegspolitik der SPD von 1914 bis 1918 ist nicht „Kampfmethode", sondern Politik, die dem Interesse der herrschenden Klasse diente. Diese Politik und die der Niederwerfung der deutschen Arbeiterklasse von den Novembertagen 1918 bis zum heutigen Tage war übelster Verrat an den Arbeitern. Diese Politik hat schließlich dazu geführt, daß die deutschen Arbeiter heute unter der faschistischen Diktatur leiden.

Das soll sie und nimmermehr vergessen werden!

Allein die Namen Ebert und Noske, von denen der eine erklärte: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde" und der andere sagte: „Einer muß der Bluthund sein", allein diese Namen sind Schandmal des Verrats der Arbeiterklasse genug. Von Ebert wurde erst kürzlich in der linksbürgerlichen Zeitschrift „Das Tagebuch" vom 11. Februar folgendes gesagt:

„Bisher schien die Geschichte der letzten 14 Jahre gerade dadurch charakterisiert, daß sie in keiner Stunde, keiner Minute, keiner Sekunde auch nur von einem Quentchen „Marxismus" beherrscht gewesen war. Dies schien das Ergebnis der segensreichen Tätigkeit eines anderen Arbeiterführers, einer anderen Exzellenz; und die hohe Anerkennung, deren sich dieser Arbeiterführer Exzellenz Ebert bis in die allerletzten Tage gerade in der Oberschicht der deutschen Schicksalsschieber erfreute, schien gerade auf der Dankbarkeit dafür zu beruhen, daß er, der Marxist, vom Morgengrauen des 9. November an keine Mühe, keinen Schweiß, keine Atemlosigkeit, kein Odium, keine Plattheit, keine Widerborstigkeit, keine Schläue, keine Gewalt, keine Knüpfung, Zettelung, Fallenstellerei, Sabotage und was nicht sonst noch alles gescheut hatte, um zu verhindern, daß um Gottes willen auch nur ein Prozentchen Marxismus in die Ordnung der deutschen Dinge gerate."

Und auch Edel mußte ja schließlich auf dem ostsächsischen SPD-Parteitag erklären:

„Tatsächlich hatten wir zu wenig Marxismus."

Der Bericht in der Dresdner Volkszeitung vermerkt an dieser Stelle: (Lebhaftes Sehr wahr), was auf die Erkenntnis und Empörung selbst in den Kreisen der Delegierten höchst eindeutige Schlüsse zuläßt.

Wenn Edel dann schließlich weiter erklärte: „Bis zum Ausbruch der Krise hatte es den Anschein erweckt, als ob auf dem Boden der Demokratie und der Republik der sozialpolitische Aufstieg des Proletariats gesichert wäre", so ist dieser Dreh vom „sozialpolitischen Aufstieg" eine glatte Verhöhnung der immer tiefer ins graue Elend hinabgesunkenen Arbeitermassen.

Dieser Verhöhnung wurde in Edels Referat schließlich durch die unerhörteste Beschimpfung der Kommunisten die Krone aufgesetzt. Edel erdreistete sich, von den Kommunisten zu sagen:

„Sie verschweigen, daß sie selber den heutigen Zustand verschuldet haben. Daß die Revolution ihre große Aufgabe nicht gelöst hat, kann nicht geleugnet werden. Die Kommunisten aber haben kein Recht zum Vorwurf, denn sie besorgten die Geschäfte der Konterrevolution."

Das wagt derselbe Edel zu sagen, welcher als einstiger Unabhängiger selbst einmal ein Traktätchen gegen die sozialdemokratischen Würger der Revolution geschrieben hat. Aber heute wie auch damals erfüllt er dieselbe Mission, nämlich die, die jetzt mit Macht zur Einheitsfront drängenden SPD-Arbeiter bei der Stange zu halten und ihre Abwanderung in das Lager des Kommunismus zu verhindern. Deshalb auch der Versuch, die KPD in den Augen der SPD-Arbeiter herabzusetzen, wie es auch mit der oben zitierten Redewendung beabsichtigt ist.

Wenn aber schon davon die Rede ist, daß „die Geschäfte der Konterrevolution besorgt" wurden, dann braucht wohl nur daran erinnert zu werden, daß es Ebert war, der noch drei Tage vor der Revolution versucht hat, den Kronprinzen als Reichsverweser einzusetzen oder daß es Noske war, der in den Freikorps die Keimzellen jener faschistischen Terrorhorden schuf, die heute Tag um Tag mörderische Feldzüge gegen die Arbeiterklasse unternehmen.

Und selbst heute noch, wo Hitler am Ruder ist, der am Tage seiner Ernennung zum Reichskanzler mit dem Reichspräsidentschaftskandidaten der „Eisernen Front" die Parade der SA und des Stahlhelms abnahm (!), selbst unter diesem faschistischen Diktaturregime sitzen Sozialdemokraten in den Polizeipräsidien, und Zörgiebel und Schönfelder waren die ersten, die in diesen Tagen mit Demonstrationsverboten die neue Welle der Unterdrückung der Arbeiterklasse einleiteten.

Angesichts all solcher Tatsachen ist es nicht mehr gut möglich, davon abzulenken, daß die Sozialdemokratie es war, die die Geschäfte der Konterrevolution besorgte und die auch in dieser Stunde die faschistische Diktatur, der sie erst den Weg bereitet hat, ermöglicht.

Auch von den SPD-Arbeitern wird das in immer stärkerem Maße erkannt, und im gleichen Maße wächst der Groll und die Empörung, aber auch das stürmische Verlangen nach der Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus. Gerade darum vollführen die sozialdemokratischen Führer in diesen Tagen ein Manöver nach dem anderen, die alle der Täuschung der Arbeitergefolgschaft der SPD dienen sollen.

So erklärte Edel zum Zwecke der Beschwichtigung der SPD-Arbeiter zum Beispiel auf dem ostsächsischen Parteitag der SPD unter anderem:

„Manche glauben, daß in dem Machtkampf der letzten Jahre die sozialdemokratischen Führer versagt hätten. Gewiß wird der Frankfurter Parteitag die Aufgabe haben, die Schlagkraft der Organisationen und die Waffen, die uns im Kampfe mit unseren Führern zur Verfügung stehen, zu überprüfen."

Ja, Edel schwang sich sogar dazu auf, zu erklären: „Wenn einzelne Führer ersetzt werden müssen, so steht doch die Tatsache fest, daß aus unserer demokratischen Organisation gewaltige Leistungen hervorgegangen sind."

Das ist ein jetzt überall wiederkehrender Dreh, mit dem die sich „links" gebärdenden SPD-Führer der Wut der Arbeitermitglieder der SPD über deren Führer Rechnung tragen, um sie im gleichen Atemzuge wieder mit der „demokratischen Organisation" der SPD auszusöhnen oder besser gesagt, um sie mit radikalem Geschrei bei der Stange zu halten.

Noch deutlicher zeigt sich das in der Stellungnahme der sozialfaschistischen Führer zur Frage der Einheitsfront, die ihnen gleichfalls für ein Manöver gerade noch gut genug ist.

Wir und mit uns alle revolutionären Arbeiter werden aber auch dieses sozialdemokratische Manöver durchkreuzen und mit den sozialdemokratischen Arbeitern zur proletarischen Kampfeseinheit, zur Einheitsfront der Tat gegen den Faschismus kommen!

(Fortsetzung folgt.)

Der Mordterror in Eisleben

Schamlose Lügenhetze des Freiheitskampf . Proleten! Jetzt ist es genug! Schließt euch zusammen im roten Massenselbstschutz! Verteidigt Leben und Eigentum der Arbeiterklasse!

Dresden, 14. Februar

Es gibt tatsächlich keine Worte, um all die scheußlichen Grausamkeiten zu schildern, die die braunen Banden am Sonntag in Eisleben verübten. 5 Tote, 30 Schwerverletzte liegen auf der Bahre und der „Freiheitskampf" wagt es, von einem Ueberfall der Kommunisten zu lügen! Dabei entlarven diese Banden aber selbst ihre eigenen Lügen.

„SA und Polizei stürmen die kommunistische Geschäftsstelle",

heißt es in der Ueberschrift des „Freiheitskampf"! Sie geben also offen zu, daß die Nazibanden unser Haus stürmten und dort wie die Vandalen alles zertrümmerten und verwüsteten. Die Nazischreiberseelen genieren sich nicht einmal, ihren Lesern das Märchen vorzulegen, daß die Arbeiter mit Maschinengewehren (!) geschossen hätten. Dieser blöde Schwindel soll ihre scheußlichen Blutiaten rechtfertigen, mit denen sie sich auch noch brüsten. In dem Bericht des „Freiheitskampf" wird mit heuchlerischer Roheit erklärt:

„Wieviel der roten Banditen die gebührende Strafe sofort erhalten haben, steht im Augenblick noch nicht fest."

Im offiziellen Polizeibericht wird erklärt, daß bei den Arbeitern keine Waffen gefunden wurden:

„In der Kreisfelder Gasse ertönten plötzlich Rufe aus der Menge, daß aus dem Grundstück Nr. 44 geschossen worden sei. Nationalsozialisten waren in das Grundstück eingedrungen, um nach den Tätern zu suchen. Die den Zug begleitenden Polizeibeamten veranlaßten die Nationalsozialisten, das Haus wieder zu räumen, nachdem an Ort und Stelle festgestellt wurde, daß Waffen nicht vorhanden waren."

Selbst der Polizeibericht muß also zugeben, daß bei diesem ersten Ueberfall nicht aus dem demolierten Lokal geschossen worden war. Die Polizei versuchte, den Nazizug von der Annagasse in die Graue Gasse zu leiten, damit der Zug nicht durch den Breiten Weg gehen sollte, wo sich das Parteibüro der Kommunistischen Partei befindet.

Die Nazis richteten sich aber nicht nach den polizeilichen Anweisungen, sondern drängten die Polizei an die Seite und marschierten durch den Breiten Weg. Mit dem Revolver offen in der Hand gingen die SA-Leute die niedrigen Häuserreihen des Breiten Weg entlang und kommandierten: „Fenster zu!" Wurde dieser Aufforderung nicht sofort Folge geleistet, so schossen die SA-Leute sofort in die Fenster.

Die Wahrheit über Eisleben soll unterdrückt werden!

Aus Anlaß des Naziturmes auf das Gebäude der KPD in Eisleben, gab die kommunistische Reichstagsfraktion gestern abend in Berlin ein Extrablatt heraus, in dem zu der neuen Bluttat Stellung genommen wird. Das Flugblatt wurde beschlagnahmt und sämtliche Verteiler, deren die Polizei habhaft werden konnte, verhaftet. Bis gegen Mitternacht waren über 60 Flugblattverteiler von der Polizei verhaftet worden.

In Eisleben herrscht bis in die Kreise des Kleinbürgertums hinein eine unbeschreibliche Empörung über die Nazis. Gestern rissen auf der Straße Eislebener Nationalsozialisten ihre Parteiabzeichen ab, warfen sie zu Boden und riefen:

„Das kann ja kein anständiger Mensch mitmachen!"

In ganz Deutschland müssen diese Vorgänge die Arbeiter, die Werktätigen zur breitesten antifaschistischen Einheitsfront zusammenschweißen.

Protestiert überall! Es ist genug! Schützt durch eure Geschlossenheit, durch den Zusammenschluß zur kämpfenden Einheitsfront euer Leben und eure Freiheit!

Hitler nicht für die Zerreißung der Ketten von Versailles!

Unterredung Hitlers mit einem englischen Pressevertreter . Nur „Abänderung" des Versailler Paktes Imperialistische Kolonialforderungen . Hetze gegen den Kommunismus

Die Londoner Zeitung, Sunday Expreß, veröffentlicht den Wortlaut einer Unterredung, die ihr Berichterstatter, Oberst a. D. Etherton, vor einigen Tagen mit Hitler in Berlin hatte. Werktätige Mitglieder und Anhänger der NSDAP, hört, was Hitler zum Versailler Raubvertrag zu sagen hatte:

„Eine Revision (!) des Friedensvertrages (!) muß von uns verlangt werden. . . Meine Haltung in jeder dieser Frage wird versöhnlich sein. . . Der springende Punkt ist, daß der Friedensvertrag ungerecht ist und daß wir ihn abgeändert (?) sehen wollen."

Was sagt ihr nun dazu, werktätige Mitglieder und Wähler der NSDAP? Hitler nennt den Raubvertrag von Versailles wiederholt und ausdrücklich — Friedensvertrag! Hitler spricht mit keinem Wort mehr von der Annullierung des Versailler Vertrages, sondern von „Revision", von Ueberprüfung! Hitler hat seit Jahr und Tag erklärt, wenn die Nazis regieren, würden sie sofort den Versailler Vertrag zerreißen und jetzt, wo Hitler Kanzler ist, erzählt er genau wie alle Erfüllungspolitiker seit 1918, etwas von „Abänderung des Vertrages"!

Wie alle bisherigen kapitalistischen Regierungen, so treibt auch die Hitler-Hugenberg-Regierung kapitalistische Erfüllungspolitik. Deutschland wird immer mehr ins Versailler Sklavenjoch verstrickt. Aber zugleich wachsen die Spannungen zwischen den imperialistischen Staaten und es wächst die Gefahr neuer imperialistischer Kriege. Bezeichnend waren in dieser Beziehung folgende Sätze in Hitlers Ausführungen:

„Ich finde, daß . . der polnische Korridor uns zurückgegeben werden muß . . Was unsere Ueberseekolonien betrifft, so haben wir koloniale Bestrebungen keineswegs aufgegeben . . . und wir brauchen Kolonien genau so nötig wie irgend eine Macht."

Während sich Hitler nur noch für „eine Abänderung" statt Abschaffung des Versailler Sklavereipaktes erklärt, bedeutet der Hinweis auf den polnischen Korridor eine Verschärfung der Gegensätze zwischen dem deutschen und polnischen (und damit französischen) Imperialismus. Hitlers Hinweis auf die Kolonien bringt den englischen Imperialismus in Harnisch. Hitlers Absicht, durch die Forderung nach Rückgabe der Kolonien als Druckmittel England zu einem Zusammengehen mit Deutschland zu veranlassen, wird (ähnlich wie die Flottendrohungen Wilhelms II) erst recht das Gegenteil bewirken und das Zusammengehen Englands mit Frankreich und die außenpolitische Isolierung und Schwäche der Regierung Hitler steigern.

Natürlich hat Hitler vor dem englischen Pressevertreter besonders seinen Haß gegen den Kommunismus hervorgehoben. **„Der Kommunismus wird überwältigt und ausgerottet werden, um die friedliche Entwicklung und den Wiederaufstieg der deutschen Nation zu ermöglichen."** So etwas hören die ausländischen Kapitalisten, die Zinsherren in London und Paris immer gerne, die Verfolgung des Kommunismus bedeutet für sie eine Sicherung des Versailler Systems in Deutschland und auch der Herrschaft des Geldsacks in England und Frankreich.

Werktätige Mitglieder und bisherige Wähler der NSDAP, seht, wie das außenpolitische Programm Hitlers aussieht: Die Versailler Ketten bleiben, die Kriegsgefahr wächst.

Ihr wollt soziale Befreiung vom deutschen Großkapital und nationale Befreiung vom ausländischen Großkapital, vom Versailler System — dann gibt es nur einen Weg: den entschiedensten Kampf gegen die Hitler-Papen-Hugenberg, den Kampf an der Seite der Kommunisten gegen Kapital, Kriegspolitik und Versailles, für Freiheit, Brot und Sozialismus.

269,5 Millionen Ueberschuß in der Arbeitslosenversicherung

Her mit höherer Unterstützung, her mit der Winterhilfe!

Die neue Abrechnung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ergibt, daß in der Zeit von April 1932 bis Dezember 1932 ein Ueberschuß von 269,5 Millionen Mark gemacht wurde.

Hunderte von Millionen Ueberschuß und noch immer wird die Papennotverordnung vom 14. Juni aufrechterhalten!

Wir fordern Erhöhung der Unterstützungen, die Auszahlung der Winterhilfe und die Versorgnung der Arbeitslosen mit Brot, Kartoffeln und Kohlen!

In Lübeck marschiert die Einheitsfront

Der Lübecker Einheitsausschuß hatte zum 10. Februar zu einer zweiten Einheitsfrontkundgebung in den Ausstellungshallen aufgerufen. Der sozialdemokratische „Lübecker Volksbote" wandte sich gegen diese Kundgebung und veröffentlichte folgenden Aufruf:

„Ein sogenannter Einheitsausschuß ladet zu einer Kundgebung ein, die von einer Konferenz der Betriebe, Stempelstellen und Organisationen beschlossen sein soll und heute abend in der Ausstellungshalle stattfindet. Wir erklären dazu, daß keine verantwortliche Stelle unserer Organisationen mit dieser Angelegenheit etwas zu tun hat und fordern unsere Mitglieder auf, lediglich den von ihren Organisationen beschlossenen Kampfmaßnahmen und Kundgebungen zu folgen und alle organisationsfeindlichen Aktionen geschlossen abzulehnen.

ADGB, Ortsausschuß Lübeck, Afa-Bund, Ortskartell Lübeck, Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale."

Aber die Begeisterung der zweiten Einheitsfrontkundgebung übertraf noch die der ersten. Wiederum marschierten mit ihren kommunistischen Klassengenossen die Arbeiter der SPD und des Reichsbanners auf. Noch stärker waren die Betriebe vertreten.

Ein **sozialdemokratischer Arbeiter**, der aus der Versammlung heraus mit einem dreifachen „Rot Front!" begrüßt wurde, berichtete über den Stand der Einheitsfrontbewegung. Als er erklärte, daß eine Delegation Lübecker Arbeiter beim sozialdemokratischen Senator Mehrlein die Absetzung der faschistischen Polizeioffiziere und die Schließung der SA-Kaserne gefordert habe, erhob sich tosender Beifall.

Auf die Bekanntgabe der ADGB-Sabotageerklärung antworteten die Tausende mit einem einstimmigen „Pfui!". Der alte Gewerkschafter Kipf, der 34 Jahre in der freien Gewerkschaft organisiert ist, ermahnte zur Geschlossenheit und forderte auf, an dieser Geschlossenheit nicht rütteln zu lassen.

Mit großem Beifall wurde der **Vertreter der KPD**, der Genosse Naujock, empfangen, der vor den begeisterten Massen die Kampfbereitschaft der KPD gelobte. Mit neuem Kampfgeist erfüllt verließen die Massen die Kundgebung, um die Kämpfe der Einheitsfront in Betrieb und Stempelstelle zu organisieren.